Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.60 Mark, vierteljährlich 4.80 Mark, durch die Post 4.50 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung“ gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Zweiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werd. d. 7gespalt. 38mm br. Kolonelzeile oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92mm breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abends 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2mal, Sonntags 1mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 513. Halle, Freitag, den 1. November. 1918.

Graf Tisza ermordet.

Das Schicksal der k. k. Flotte. — Auflösung des österreich-ungar. Heeres. — Freilassung der Deserteure u. Hochverräter.

Graf Tiszas Ende.

WTB. Budapest, 31. Oktbr. (Drahtnachricht.) Graf Stefan Tisza ist das Opfer eines Attentates geworden. Auf einem Spaziergang mit einer Verwandten in der Herminenstraße wurde er von Soldaten durch Revolverschüsse getötet. Die Begleiterin ist angeblich verwundet.

Die kurze Meldung sagt nicht, aus welchem Anlaß die Mörder gegen den Grafen Tisza ihren Anschlag verübt haben, ob damit der bestimmte Zweck einer Partei verfolgt wurde. Vielleicht ist er auch nur dem allgemeinen blutigen Wirrwarr zum Opfer gefallen, der zeitweilig jetzt in der ungarischen Hauptstadt herrscht und Menschenleben leicht wertet.

Graf Stefan Tisza ist am 22. April 1861 in Budapest als ältester Sohn des ehemaligen Ministerpräsidenten Grafen Koloman Tisza geboren. Er studierte in Berlin, Heidelberg und Budapest. Von diesem Aufenthalt in Deutschland her mag seine Vorliebe für deutsches Wesen stammen, die zu Zeiten seinen Feinden bequeme Waffen bot. Sie suchten ihn oft politisch unmöglich zu machen durch die Verdächtigung, er sei gar kein Ungar mehr, er sei ein Deutscher. Mehrere Male hat ihn der König, wenn die parlamentarischen Verhältnisse in Budapest unentwirrbar schienen, mit der Kabinettsbildung betraut. Auch seine Gegner mußten anerkennen daß er ein Staatsmann von außerordentlicher Energie und Entschlossenheit in der Verfolgung seiner politischen Ziele war. Eine Anzahl Duellaffären, die er mit oppositionellen Abgeordneten ausfocht, waren Zeugnis dafür, bis zu welchen Konsequenzen er ging, um seine Ansicht durchzusetzen. In den Tagen des heftigsten Ansturmes gegen Tiszas Kammerpräsidentenstuhl erhob übrigens schon einmal ein Fanatiker die Mordwaffe gegen ihn, aber er wurde damals nur leicht verwundet.

Neuerdings war die politische Entwicklung über Tisza und seinen politischen Standpunkt hinausgewachsen. Radikalere Elemente hatten die Führung in die Hand genommen. Man muß erst nähere Nachrichten abwarten, um sich ein klares Bild davon machen zu können, welche dunklen Mächte bei dem gewaltsamen Ende dieses Staatsmannes, der sich oft Verdienste um sein Vaterland erworben, die entscheidende Rolle gespielt haben. In der Reihe der Verbrechen, die im Gefolge des Weltkrieges schon manchem Großen einen entsetzlichen Ausgang bereiteten, ist seine Ermordung ein weiteres bedauerliches Glied.

Revolution in Budapest.

Berlin, 31. Oktober. (Privattelegramm.) Wie das „B. T.“ mitteilt, hat ihm Graf Michael Karolyi die folgende Depesche zugehen lassen:

„Budapest, 31. Oktober. In Budapest Revolution. Nationalrat hat Regierung übernommen. Garnison und Polizei anerkennt vollständig Nationalrat. Bevölkerung jubelt.

Graf Michael Karolyi, Präsident des Nationalrates.“

Oesterreichs Parlamentär bei den Italienern.

Wien, 31. Oktober. Amtlich wird verlautbart: Das Oberkommando hat bereits am 29. Oktober früh durch einen Parlamentär die Verbindung mit der italienischen Heeresleitung hergestellt. Es sollte kein Mittel zur Vermeidung weiterer unnützer Blutopfer, zur Einstellung der Feindseligkeiten und zum Abschluß eines Waffenstillstandes unversucht bleiben. Das italienische Oberkommando hat gegen diesen von den besten Absichten geleiteten Schritt zuerst eine unverkennbar ablehnende Haltung eingenommen. Erst am 30. Oktober abends konnte der General der Infanterie von Weber mit einer Abordnung im Einverständnis mit dem italienischen Oberkommando die Gefechtslinie zur Einleitung von Verhandlungen überschreiten. Wenn dennoch auf dem italienischen Kriegsschauplatz Kriegsgreuel ihre Fortsetzung finden, muß die Schuld und Verantwortung lediglich auf Rechnung unseres Feindes geschrieben werden.

Der Chef des Generalstabes.

Die Ueberlassung der Flotte an die Südslawen.

Die Donauflottille den Ungarn.

WTB. Wien, 31. Okt. (Drahtnachricht.) Das k. u. k. Kriegsministerium, Marinesektion, verlautbart folgendes: Auf Allerhöchsten Auftrag wird verfügt: Allen Mannschaften, welche nicht der südslawischen Nationalität angehören, kann auf Verlangen die Heimkehr bei gleichzeitiger dauernder Beurlaubung gestattet werden. Die Flotte, Marineangestellten und sonstiges Marineeigentum werden dem südslaw. Nationalrat in Agram und in Pola im Wege des lokalen Ausschusses sukzessive übergeben. Von den übergegebenen k. u. k. Behörden und Kommanden ist die Geltendmachung des Eigentumsrechtes der nicht südslawischen Staaten resp. Nationen zwecks seinerzeitiger Ablösung protokollarisch ausdrücklich vorzubehalten. Da ein Flaggenwechsel aus internationalen Gründen nicht sofort ausführbar ist, wäre nach Uebergabe an den südslawischen Nationalrat der Führung nationaler Abzeichen wie der Kriegsflagge kein Hindernis in den Weg zu legen. Dem gesamten Stabe steht es frei, bei der Flotte und bei den Behörden nach ordnungsmäßiger Uebergabe an den südslawischen Nationalrat weiter dienstleistend zu verbleiben. Im Interesse einer ordnungsmäßigen Abwicklung und Erhaltung des Marineeigentums hat das Flottenkommando und das Kriegsministerium (Marinesektion) auf den sukzessiven Abgang der verantwortlichen Fachpersonen entsprechenden Einfluß zu nehmen. Vom Kriegsministerium (Marinesektion) wird ein Vertreter mit dem südslawischen Nationalrat in Agram wegen Festsetzung weiterer Details direkt in Verbindung treten. Die k. u. k. Marinebehörden und Kommanden haben für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und die Regelung des Abtransportes weiter Sorge zu tragen.

An das Donauflottillenkommando ergeht überdies der Auftrag, bei Uebergabe der Donauflottille an die königlich ungarische Regierung im gleichen Sinne vorzugehen und dementsprechend nichtungarische Mannschaft zu entlassen.

Freilassung der Deserteure und Landesverräter.

WTB. Wien, 31. Oktober. (Drahtnachricht.) Amtlich wird verlautbart: Alle Personen, die in Militärgefangenenhäusern wegen Verbrechens der Ausspähung (Spionage) und anderer gegen die Kriegsmacht des Staates gerichteter Handlungen des Hochverrates, der Mitschuld am Hochverrat, der Majestätsbeleidigung, der Beleidigung von Mitgliedern des Königlichen Hauses, der Störung der öffentlichen Ruhe, des Ausstandes und Aufruhrs und wegen Vergehens gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung eine Freiheitsstrafe verbüßen, wird eine Strafunterbrechung bis auf weitere Weisungen erteilt. Personen, welche sich wegen einer der obenerwähnten strafbaren Handlungen in Untersuchungshaft befinden, sind sofort auf freien Fuß zu setzen. Personen, die sich wegen des Verbrechens der Desertion in Strafhaft befinden, wird eine Strafunterbrechung gewährt, wenn sich die Desertion als Teilerscheinung einer nationalpolitischen Bewegung darstellt. Personen, die sich wegen einer solchen Desertion in Untersuchungshaft befinden, sind auf freien Fuß zu setzen.

Das Heer zur Verfügung der Nationalräte.

WTB. Wien, 31. Oktober. (Drahtnachricht.) Amtlich wird verlautbart: Seine Majestät bestimmen, daß auf ihr Ansuchen Offiziere (Offiziersaspiranten) des Heeres der k. und k. Landwehr bezw. des Landsturmes und der Gendarmerie des Hinterlandes, die in Ländern heimatzuständig sind, für welche sich Nationalräte gebildet haben, den betreffenden Nationalräten zur Verfügung gestellt werden behufs Dienstleistung in den für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe gebildeten oder zu bildenden Körperschaften. Die Offiziere dürfen für den neuen Dienst die vorgeschriebenen Uniformen oder Abzeichen tragen. Die Gesuche der betreffenden Offiziere sind direkt dem Kriegsministerium vorzulegen. Seine Majestät haben weiter gestattet, daß die Militärkommandanten den Mannschaftspersonen nach ihrer [illegible] ebenfalls den Eintritt in die obenerwähnten militärisch organisierten Körperschaften gestattet wird.

Diese Erlasse des Kaisers Karl können niemanden mehr imponieren, denn sie trotten wie seine ganze Politik, hinter den Ereignissen hinterher. Red.

Kaiser Karl noch in Wien.

WTB. Wien, 31. Oktober. (Drahtnachricht.) Die Abendblätter melden: Die Nachricht von der Abreise des Kaisers entspricht nicht den Tatsachen. Der Kaiser und die Kaiserin befinden sich in Wien.

Deutsch-Oesterreich.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

Der Graf Andrassy und der Professor Lammasch versuchen, antideutsche Politik zu treiben, um der habsburgischen Dynastie einen Rest ihrer Herrschaft zu retten. In einer Zeit, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker zur entscheidenden Parole erhoben hat, wagen sie es, im Namen der österreichischen Nationen zu sprechen, ohne ein anderes Mandat als das des jungen Mannes in der Wiener Hofburg, der sich selbst um den Preis schnöden Verrats den kaiserlichen Titel erhalten möchte. Die Macht dieser Herren reicht nicht über ihre Bureauräume hinaus. Galizien rechnet sich längst zu Polen, in Prag hat sich der unabhängige Tschechenstaat konstituiert und hat bereits Verwaltung und Militärgewalt übernommen, in Agram ist dasselbe geschehen, im revolutionierten Ungarn herrscht ein Komitee von Volkstribunen, in Wien hat sich ein deutsch-österreichischer Nationalsausschuß gebildet, der schon mit anderen Staaten diplomatisch verhandelt und der in der Stunde, in der diese Zeilen in Druck gehen, die Regierung sicherlich bereits förmlich übernommen hat. Alle diese neuen Staaten wünschen, selbständig über den Frieden zu verhandeln; keiner vertraut dem Ballplatz die Vertretung seiner Interessen an. Hinter dem Grafen Andrassy steht außer dem schon erwähnten jungen Mann wie eine Fiktion ein Reich von gestern ...

Die ehrenvolle Aufgabe, dem Kaiser Karl einen Bruchteil seines Patrimoniums zu erhalten, soll den Deutsch-Oesterreichern zufallen — vermutlich zusammen mit der ganzen österreichischen Kriegsschuld, denn die Tschechen und Südslawen haben ja bereits erklärt, daß sie keinen Anteil derselben übernehmen wollten, weil sie von Anfang an gegen den Krieg gewesen seien. Den Tschecho-Slowaken, den Südslawen will man am Ballplatz und in der Hofburg soweit entgegenkommen, als sie nur irgend wünschen; sie stehen ja unter Wilsonschem und Entente-Schutz. Die Kosten dieses Entgegenkommens sollen die Deutsch-Oesterreicher tragen; denn der Graf Andrassy und sein Auftraggeber nehmen offenbar an, daß Herr Wilson und die Entente sich für deren Selbstbestimmungsrecht — es sind ja nur Deutsche — kaum sonderlich einsetzen werden. Ob man den Tschechen bloß Deutsch-Böhmen schenken oder ob man auf ihr Geheiß auch in Wien die tschechische Amtssprache einführen will, steht dahin; die Herren, die sich jetzt K. K. Regierung nennen, sind in dieser Hinsicht sicher zu allem bereit. Zum Danke für diese Opfer dürfen die Deutsch-Oesterreicher unter habsburgischem Zepter bleiben, dürfen sich abwechselnd von Tschechen und von Ungarn wirtschaftlich boykottieren lassen und dürfen die Soldaten und die Geldmittel für eine k. u. k. Politik stellen, die schon jetzt feierlich und eindeutig auf Feindschaft gegen das Deutsche Reich festgelegt werden soll.

Die deutsch-österreichische Sozialdemokratie — zurzeit die einflußreichste der deutsch-österreichischen Parteien — hat programmatisch erklärt, wenn die nichtdeutschen Nationalitäten Oesterreichs den Deutschen nicht die Hand zu einem Staatenbunde bieten sollten, der den nationalen Ansprüchen Deutsch-Oesterreichs voll gerecht werde, müsse sich Deutsch-Oesterreich als Bundesstaat an das Deutsche Reich anschließen. Da die erstgenannte Voraussetzung schon jetzt hinfällig ist, — die Tschechen lehnen es nicht bloß ab, Deutsch-Böhmen freizugeben, sondern sie wollen überhaupt keinen österreichischen Staatenbund — bleibt nur die Lösung des Anschlusses an das Deutsche Reich übrig. Diese Vereinigung — die die Vertreter der Sudetendeutschen auf ihrer jüngsten Aussiger Tagung bedingungslos gefordert haben — muß und wird kommen. Denn sie ist das einzige Mittel, durch das sich die Deutsch-Oesterreicher dem Schicksal entziehen können, zum alleinigen Nutzen der habsburgischen Krone das wehrlose Objekt slawischer Uebergriffe und deutschfeindlicher Intrigen zu werden.

Die reichsdeutsche Politik hat bei der Beurteilung der österreichischen Fragen schwere Fehler begangen — Fehler, die mit schuld sind an der ernsten Situation, in der sich Deutschland jetzt befindet. Sie hat vor dem Kriege den Wert der habsburgischen Bundesgenossenschaft militärisch und politisch ungemein überschätzt und sich viel zu einseitig auf diese Bundesgenossenschaft eingestellt. Sie hat während des Krieges, trotz schlimmer Erfahrungen, die Zentrifugalkräfte in Oesterreich-Ungarn unterschätzt, hat nicht erkannt oder nicht erkennen wollen, daß spätestens nachdem die Befreiung Polens ihre Ansteckungswirkung auf die übrigen West- und Südslawen geübt hatte, die Einheit der Monarchie nicht mehr zu erhalten war und innerhalb der schwarz-gelben Pfähle

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181101017/fragment/page=0001

ernstlich nur mehr eine Liquidationspolitik in Betracht kam. Wer das Südslawenproblem durch die Brille des Balkplatzes sah und in Prag die „mitteleuropäische Seele" suchte, der konnte zu den österreichischen Dingen nicht in ein richtiges Verhältnis gelangen. Die Folge dieser Politik der Fiktionen und der Passivität ist eine Liquidation, die sich jetzt überlegend in Gegnerschaft zu uns vollzieht, ist weiter eine ernste Gefährdung der deutschen Nationalinteressen in Oesterreich, ist endlich der Felonieversuch der habsburgischen Dynastie, dessen Ansätze und Vorbereitungen (vergl. den Sixtusbrief" u. a.) ja ziemlich weit zurückliegen.

Abreise Kaiser Wilhelms ins Hauptquartier

Berlin, 31. Oktober. (Amtlich.) Der Kaiser, der sich mehrere Wochen in der Reichshauptstadt aufgehalten hatte, begab sich in das Große Hauptquartier.

Die „Voss. Ztg." schreibt:

Die Gerüchte über eine bereits erfolgte Abdankung des Kaisers sind nach unseren Erkundigungen mindestens verfrüht. Der Kaiser ist nach der Front abgereist. In seinen letzten Sitzungen hat sich das Kriegskabinett auch mit der Frage des Thronverzichts befaßt. Es verlautet, der Chef des Zivilkabinetts Dr. Delbrück solle mit wichtigen Aufträgen des Reichskanzlers gleichfalls nach der Front abfahren.

Was wird der Kaiser tun?

Das Organ des Staatssekretärs Scheidemann, der „Vorwärts", veröffentlicht heute einen Leitartikel: „Was wird der Kaiser tun." Er geht davon aus, daß in der ganzen deutschen Oeffentlichkeit Gerüchte über den angeblich bevorstehenden Rücktritt des Kaisers und den Thronverzicht des Kronprinzen umlaufen. Die Gegnerschaft gegen den Kaiser sei nicht auf einzelne Parteien beschränkt. Das Blatt begründet dann eingehend die oppositionelle Stellung der Sozialdemokratie gegen Kaiser Wilhelm und schließt damit, daß das Raunen und Rauschen im Volk nichts mehr zum Schweigen gebracht werden könne: „Was wird der Kaiser tun — wann wird er es tun?"

Eine Quidde-Versammlung zur Frage der Abdankung.

München, 31. Oktober. Der bekannte Pazifist Landtagsabgeordneter Prof. Dr. Quidde sprach gestern abend in einer Versammlung der Fortschrittlichen Volkspartei über „Die politische Lage im Reich und in Bayern". Quidde verlangte die Umwandlung des Bundesrates in ein großes Staatshaus mit öffentlichen Verhandlungen. Der Kaiser müsse sich zur Abdankung entschließen, da das Lebensinteresse des deutschen Volkes dies erheische. Die Versammlung nahm schließlich folgende Resolution an:

„Die furchtbare Prüfung, die dem deutschen Volke auferlegt ist, erfordert die Zusammenfassung aller seiner Kräfte. Das neue treue Zusammenarbeiten aller seiner Stämme und die gegenseitige Hilfe aller seiner Stände. Die Versammlung begrüßt die unter dem Druck dieser Notlage nach den Stürmen des Weltkrieges sich vollziehende tiefgreifende Umwandlung des deutschen Verfassungslebens vom Obrigkeitsstaat zum Volksstaat als endliche Erfüllung aller Forderungen der deutschen Demokratie. Zur Sicherung des Vertrauens in den Ernst und Bestand dieser Umwandlung ist die Thronentsagung des Kaisers als Repräsentaten des alten, jetzt zusammengebrochenen Systems eine unbedingte Notwendigkeit. Das ganze deutsche Volk steht geschlossen hinter dem Bemühen der Volksregierung, Waffenstillstandsbedingungen abzuwehren, die Deutschland wehrlos der Willkür seiner Gegner überliefern würden, und einen Frieden abzuschließen, der auf der Grundlage des Wilsonschen Friedensprogramms die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes sichert. In dem Völkerbund freier und selbständiger Volksstaaten liegt die beste Gewähr für die glückliche Zukunft."

Das Herrenhaus für das Königshaus.

Eine Kundgebung durch Erheben von den Sitzen.

Berlin, 31. Oktober. Das Haus verhandelte heute über den Antrag der Konservativen (Antrag Yorck) Kundgebung für das Königshaus. Graf Wallestrem als Berichterstatter wies auf die antimonarchische Strömung im Volke hin. Graf Yorck begründete den Antrag und forderte das Haus auf, das Gelöbnis für den König durch einstimmige Annahme des Antrags zu bekräftigen. Herzog zu Trachenberg trat für den Antrag ein, dem das Haus durch Erheben von den Sitzen beistimmte. Damit war die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung am 15. November.

Thronverzicht und Verfassung.

Der Thronverzicht ist in der Preußischen Verfassungsurkunde ebenso wenig mit ausdrücklichen Worten geregelt wie in den anderen deutschen Verfassungen. Es gibt aber eine Reihe von gewohnheitsrechtlichen Sätzen, die über sein Wesen und seine Wirkung bestimmen. Der Thronverzicht ist eine einseitige Willenserklärung des Trägers der Krone, durch die er auf seine Stellung als Monarch verzichtet. In der staatsrechtlichen Literatur ist es streitig, ob er zu seiner Gültigkeit ministerieller Gegenzeichnung bedarf. Ein Vorbehalt darf dem Thronverzicht nach deutschem Staatsrechte nicht beigefügt werden. In welcher Form er ausgesprochen wird, steht im Belieben des zurücktretenden Monarchen.

In der gleichen Weise wie der Verzicht auf die Krone wird der auf das Thronfolgerecht, der sogenannte Thronanwartschaftsverzicht, behandelt. Der Verzichtende verliert seinen Platz in der Reihe der Thronanwärter und steht nunmehr am Ende dieser Reihe. Seine Abkömmlinge werden durch den Verzicht in keiner Weise getroffen. Thronverzicht wie Thronanwartschaftsverzicht sind unwiderrufliche Handlungen.

Die Krone, auf welche der bisherige Inhaber verzichtet, wird nach Art. 53 der preußischen Verfassung vererbt im Mannesstamme des Königlichen Hauses nach dem Rechte der Erstgeburt und der agnatischen Linealfolge. Unter agnatischer Linealfolge wird eine solche Thronfolge verstanden, durch die die weibliche Nachkommenschaft zugunsten des Mannesstammes, die jüngere Linie zugunsten der älteren, der jüngere Bruder zugunsten des älteren von der Nachfolge ausgeschlossen wird. Die Krone geht also stets an den ältesten Sohn des früheren Inhabers, oder falls dieser verzichtet, auf seinen Sohn über. Kommt sie durch diese Erbfolge an einen nicht volljährigen König — das ist nach Art. 54 ein König, der das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat —, so tritt nach Art. 56 der Verfassung eine Regentschaft ein. Regent ist derjenige volljährige Agnat, welcher der Krone am nächsten steht. Dieser ist also geborener Regent; er kann auch nicht etwa durch Verfügung des abtretenden Königs seines Regentschaftsrechts beraubt werden.

Die Volksvertretung hat bei der Einleitung der Regentschaft in der Weise mitzuwirken, daß die beiden Kammern des Landtags — Herrenhaus und Abgeordnetenhaus — in vereinigter Sitzung über die Notwendigkeit der Regentschaft beschließen. In dieser Sitzung hat der Regent die Kammern sofort zu berufen.

Vor wichtigen Besprechungen des Alliertenrats.

London, 31. Oktober. (Reuter.) Es wird mitgeteilt, daß eine Entwicklung in der Friedensfrage nicht eingetreten ist. Die Besprechungen, die in Paris stattgefunden haben, waren ihrer Art nach vorläufige Besprechungen, und die wirklichen Beginnen erst jetzt. Um bei diesen zugegen zu sein, ist auch Bonar Law zu den englischen Vertretern hinzugetreten. Der Schatzkanzler kam erst heute in Paris an. Vielleicht wird Ende der Woche irgend eine Mitteilung in Paris veröffentlicht werden, welche über die Haltung der Alliierten gegenüber dem deutschen Waffenstillstandsvorschlag einigen Aufschluß geben wird. Bis dahin ist eine wesentliche Aenderung der Lage überhaupt nicht wahrscheinlich.

Bevorstehende Bekanntmachung der Waffenstillstandsbedingungen.

Washington, 31. Oktober. Reuter. Die letzte deutsche Note ist dem Staatsdepartement förmlich übergeben worden. Es wird gesagt, daß sie nichts an der Lage ändert. Man erwartet, daß der nächste Schritt in der Bekanntmachung der Waffenstillstandsbedingungen seitens der verbündeten Hauptstaaten an die Kriegführenden bestehen soll.

Cecils Auffassung über die deutsche Verfassungsänderung.

London, 30. Oktober. (Reuter.) Unterhaus. Auf eine Anfrage, inwiefern die in der deutschen Antwort auf Wilsons Note erwähnten Veränderungen im deutschen Regierungssystem auf die Verfassungszustände Deutschlands zurückwirkten, sagte Cecil: Meines Wissens besteht kein Grund, anzunehmen, daß die Machtbefugnisse des Bundesrats irgendwie beschränkt werden. Es ist anscheinend kein Vorschlag gemacht worden, die Stellung der Staatssekretäre zu verändern. Meines Wissens bleiben sie Untergebene des Reichskanzlers und werden auf seinen Vorschlag vom Kaiser ernannt. Meine Ansicht ist, daß sie auch vom Kaiser entlassen werden können, der, wie ich vermute, diese Befugnisse auf Vorschlag des Reichskanzlers ausübt, obwohl letzteres nicht ausdrücklich bestimmt zu sein scheint.

Ein polnisches Liquidationskomitee in London.

Wien, 30. Okt. Die „Polnischen Nachrichten" melden aus Krakau: In einer Versammlung polnischer Abgeordneter aus Galizien und Oberschlesien wurde nochmals festgestellt, daß die polnischen Gebiete innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie bereits dem polnischen Staate angehören. Für diese Gebiete werde eine aus 23 Mitgliedern bestehende Liquidationskommission mit dem Sitze in London eingesetzt, die die Verwaltung aller Gebiete des öffentlichen Lebens übernimmt, während die polnische Regierung in Warschau als ihre Vertretung nach außen betrachtet wird, die berechtigt ist, Frieden zu schließen. Die Liquidationskommission wurde beauftragt, die Rückkehr aller polnischen Soldaten sowie die Entfernung der fremden Truppen aus dem Lande durchzuführen.

Lammaschs Mahnung an die Armee.

Wien, 30. Oktober. In seiner Programmrede vor den versammelten Parteiführern, deren Anfang bereits gemeldet worden ist, richtete Ministerpräsident Lammasch weiter die Aufforderung an die Armee, sich nicht wegen der Aussicht auf Waffenstillstand und Frieden sofort aufzulösen, sondern Ordnung und Selbstzucht zu bewahren, damit die Gefahr einer Ueberflutung der Länder durch eine ordnungslos sich zurückziehende Armee abgewendet werde. Auch die Frage der Umwälzung des Staates erfordere Besonnenheit und Gelassenheit. „Wenn auch die Verhältnisse zu einer raschen Lösung in vielen Beziehungen drängten, könnten diese Fragen doch nicht unter dem Impuls augenblicklicher, nur auf Absonderung gerichteter Leidenschaften vorschnell gelöst werden. Die Regierung stehe aus innerlichster Ueberzeugung auf dem Standpunkte der Selbstbestimmung des Rechtes aller Nationen, welches sie voll und ganz anerkannt habe. Sie möchte jedoch betonen, daß definitive Beschlüsse nicht gefaßt werden sollen, bevor die Helden von der Front in die Heimat zurückgekehrt und in die volle Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte wieder eingetreten seien. Alle hierzu getroffenen Maßregeln betrachte die Regierung daher nur als provisorisch. In den Uebergangszeiten werde die Regierung die Abwicklung der Geschäfte den Wünschen der Vertreter der Völker anpassen und sich als Treuhänderin der künftigen Staaten betrachten. Diese neuen Staaten würden selbstverständlich bei den Friedensverhandlungen vertreten sein.

Die Erklärung des Ministerpräsidenten wies ferner darauf hin, daß gewisse Zusammenhänge, die sich aus der Geschichte, insbesondere aus der Wirtschaft, ergeben, in Form von Fragen weiter leben, über die sich die selbständigen Staaten untereinander verständigen müßten. Insbesondere sei dies notwendig hinsichtlich aller aus der Liquidation des Krieges sich ergebenden Aufgaben. Die Armee werde sich der geänderten staatsrechtlichen und politischen Struktur anpassen müssen. Dies werde aber erst dann erfolgen können, wenn der feindliche Druck auf der Front aufgehört habe. Diesbezüglich verwies der Ministerpräsident auf die jüngste Er-

Kampf und Frieden.

Von Hans Seefeld.

(Nachdruck verboten.)

Langsam zog der feine graue Hauch empor in den Frühlingsabend, der aus den kleinen kantigen Schornsteinen kam. In Frieden lag die kleine nordische Stadt mit den vielen Backsteinhäusern, und draußen brauste der Krieg.

Die Leute hatten Feierabend gemacht und standen in Gruppen vor ihren breiten Haustüren. Sie erzählten von denen, die da draußen kämpften für den Frieden ihrer Heimat, und von denen, die schon gefallen waren. Hier und da trugen die Frauen schon die schlichte schwarze Tracht, die von ewigem Abschiede erzählt und zu bitten scheint: „Rühr' nicht daran, daß es eher heil wird!" — Auch vor dem Hause des Kaufmanns Just stand solche dunkle Gestalt. Es war Wilhelmine Just, die Schwiegertochter. An ihren Kleidfalten hielt sich ein achtjähriges Kind, ein goldlockiges Mädchen. Das schwarze traurige Kleidchen wollte nicht recht stimmen zu dem sonnigen Ausdrucke des frohen Kindergesichts. Sie plauderte und lachte, die Kleine, — was fehlte ihr auch? — Sie hatte ihre Mutter, hatte Großmutter und Großvater, die für sie sorgten und sie verwöhnten, — sie hatte Freiheit und Sonne, Blumen und Gespielen, sie vermißte nichts, — Vater war ja schon so lange, lange fort. Aber die stille Mutter vermißte etwas. Das noch mädchenhafte helle Gesicht sah suchend in die Ferne, wo die Abendwolken ihren Weg gingen, und in den großen blauen Augen stand eine tiefe Sehnsucht nach dem Leben. —

Gleich zu Anfang des Krieges war er gefallen, ihr Mann und sie hatte ihn ehrlich bereint und betrauert. Aber nun war es schon lange über ein Jahr, und das Leben und die Jugend kamen und klopften leise an ihr einsames Herz. Kamen und fragten, ob denn nun alles schon zu Ende sei, ob es nun Tag für Tag so fortgehen würde, das bißchen Arbeit im Laden, das wortkarge Mahl und das Stillsitzen und Stricken am Abend bei dem Scheine der weißen Petroleumlampe, dann die Ruhe der Nacht in dem Kämmerchen und wieder der Morgen, gleichförmig, einerlei, — wie der Schlag der Uhr im hohen Gehäuse. —

So ging es nun schon so lange, — seit Karl fort war. Nein, länger noch, schon seit er fort war in den Krieg. Das war ja das Seltsame für diese armen jungen Kriegerwitwen, daß der Tod den Mann nahm so unsichtbar, so fern! — Die Arbeit hatte sie schon längst übernommen; es änderte nichts an der Tagesordnung, daß der Brief gekommen war, in dem es stand, daß er tot war, — gefallen fürs Vaterland! — Und in der ersten Zeit war es oft gekommen, daß Wilhelmine Just erschrocken von ihrer Arbeit aufsah, die sie tat, wie alle Tage seit Kriegsbeginn, und sich plötzlich darauf besann, daß sie ja Witwe war, und daß ihr guter Karl, von dem sie schon Monate getrennt war, nie, niemals mehr wiederkommen würde! —

Dann tat sie stumpf und mechanisch ihre Arbeit weiter und erwartete nicht mehr vom Leben. Nicht mehr das Wiedersehen, nicht mehr die fröhlichen, tapferen Feldpostbriefe, — höchstens daß die Waren von Hamburg kommen mußten, oder daß ihre Freundin Margarete aus der Hafenstadt einmal zu Besuch ins Heimatstädtchen käme. Die wußte immer Neues. Diese Freundin imponierte der kleinen blonden Witwe; denn sie stand auf eigenen Füßen, hatte sich ein schönes freies Leben in der großen Stadt selbst gezimmert, hatte ein eigenes Geschäft dort, trug sehr elegante Kleider, seidene Mäntel und wallende Federn. Und wenn sie nach Norderstadt kam, erzählte sie immer vergnügte Dinge von Militärkonzerten und Wasserfahrten und von den famosen Leuten von der Kaiserlichen Marine. Manchmal ließ sie geheimnisvoll durchblicken, daß sie nicht mehr lange im Geschäft sich plagen brauchte, daß sie möglicherweise ein großes Glück machen würde, wie es noch keine von Norderstadt erlebt habe.

Dann ging der kleinen Frau Wilhelmine Just das Herz auf und sie beneidete diese Margarete, die so mitten im Leben stand und noch so viel hoffte. —

Wilhelmine Just nahm ihr kleines Mädchen an die Hand und ging mit ihm die dunkler werdende Straße entlang, immer weiter. — Bis es ihr einfiel, daß Karls alte Mutter nach ihr ausschauen würde. Da kehrte sie um. — Die Straße war leer — es war immer dasselbe, sogar die Häuser waren einander ähnlich.

Die beiden Alten saßen indessen in der niedrigen kleinen Wohnstube an dem kleinen Fenster. Es war geschlossen und die frische Abendluft fand keinen Weg zu ihnen. Der alte Mann flackerte in seinen Pfeifen. Seine Frau rückte dann und wann an der kleinen schwarzen Spitzenhaube und schaute unruhig hinaus, um nachher wieder noch emsiger mit den stählernen Stricknadeln zu klappern.

Vater Just besann sich, dann tat er langsam die Pfeife aus dem Munde.

„Mutter, was guckt du und bist aufgeregt? — Ich weiß doch, daß du nur nach Wilhelmine schaust! Laß sie doch ein wenig laufen, wenn Feierabend ist! Du mußt sie nicht halten, als wär' sie noch ein dummes kleines Mädchen, dem man aufpassen muß! Sie ist doch bald 30 Jahre!"

Frau Just seufzte und klapperte emsig weiter mit den Nadeln.

„Ich hab's nicht gern!" murrte sie und schaute wieder angelegentlich aus dem Fenster. „Nein, ich hab's nicht gern, daß sie abends immer wegläuft. Es ist doch Witwe, Just! — Ich verleid' dich nicht, daß du das magst!" —

„Mutter, sei nicht unklug!" mahnte der Alte sanft. „Das arme Wilhelminchen ist doch so traurig dran! Hat keinen Mann mehr und keine Freude und ist doch so jung! — Wie wir beide 30 Jahre waren, Mutter, da haben wir erst geheiratet, fingen erst an mit dem schönen Leben! — Und sie soll schon fertig sein, Mutter! — Das kann man nicht verlangen!" — —

„Sie hat das Kind", meinte Mutter Just. „Das kann ihr genug sein!"

„Das Dorchen, ja, das kleine süße dumme Dorchen!" Der alte Herr nickte mit dem grauen Kopf. „Das hat sie, Anna, und sie hat es auch nicht! Wir haben es mehr, als die junge Mutter es hat! Es kommt zu Großvater und Großmutter, wenn es etwas haben will, weil es weiß, daß es da immer seinen Willen kriegt. Es läuft in die Schule und zu den anderen Kindern auf die Straße und fragt nicht viel danach, ob seine Mutter Sehnsucht hat! Anna, wir zwei haben's Gott sei Dank nicht gelernt, was es heißt, so auseinander müssen! Darum sollen wir Geduld haben!" — —

Mutter Just preßte den welken Mund zusammen und schwieg. Sie wollte ja dem Wilhelminchen nicht Böses, sie meinte es gut. Sie dachte an einen Brief, den sie in der Kleidertasche trug, den Brief ihres zweiten Sohnes Heinrich. Der Heinrich war eigentlich immer ihr Liebling gewesen, und doch war ihr das Herz fast gebrochen, als sie hörte, daß der Aelteste gefallen war. Aber dann kehrte ihre Sorge, ihre Liebe doppelt zu dem Jüngeren zurück, und leise spannen sich Wünsche und Hoffnungen ineinander und webten ein freundliches stilles Schicksal um den Jungen und um die schöne freundliche Schwiegertochter, die nun Witwe war. Sie wußte, der Heinrich hatte seine hübsche Schwägerin immer herzlich gern gehabt, hatte früher schon den älteren Bruder heimlich um sie beneidet. Denn er war einer von den Stillen, die nicht viel Glück haben bei den Mädchen. Der lustige Karl fand eher, was er suchte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181101017/fragment/page=0002

klärung des Kriegsministers, wonach die Armee sich unbedingt der staatlichen Neukonstruktion anpassen werde. Die Regierung fühle sich ferner verpflichtet, nicht bloß aus ethischen, sondern auch aus praktischen Rücksichten eine weitere politische Amnestie und einen weitgehenden politischen Gnadenakt zu erwirken.

Die Erklärung des Ministerpräsidenten schloß mit den Worten: „Möge das Abgeordnetenhaus die heute noch bestehende Regierung des alten Oesterreich als treue, bereitwillige, selbstlose Helferin bei der großen Arbeit anerkennen.“

Die Einrichtung des tschechischen Staates.

Prag, 31. Oktober. Nach einer Meldung des Wiener k. k. Telegr.-Korr.-Büros hat der Präsident der Statthalterei dem Narodni Wyborg erklärt, daß die Statthalterei von nun an im Dienste der neuen Staatsform amtieren würde. Der Nationalrat ernannte zum Generaldirektor aller Bahnen auf dem Gebiete des tschecho-slowakischen Staates den früheren k. k. Staatsbahndirektor in Prag Dr. Basta, zum Direktor des Post- und Telegraphenwesen im Königreich Böhmen den Oberpostrat Fostka. Das Präsidium des Nationalausschusses hat ein selbständiges tschecho-slowakisches Pressebüro errichtet, welches von vier Redakteuren geleitet wird.

Forderungen der Prager Deutschen.

Prag, 31. Oktober. Wiener k. k. Telegr.-Korr.-Büro. Heute erschien eine Deputation des Ausschusses der Prager Deutschen, der sich aus allen deutschen politischen Parteien bildete, beim Nationalausschuß und ersuchte, daß der Nationalausschuß als neue Regierung ihn als vertretende Körperschaft der Prager Deutschen anerkennen und sich im Bedarfsfalle an ihn wenden möge.

Die Zuteilung der böhmischen Kohlen.

Prag, 30. Oktober. Das tschecho-slowakische Pressebüro meldet: Nach Anweisung des Nationalrates werden alle Kohlenbahnwagen in Böhmen angehalten, über deren Verwendung die auf Befehl des Landwirtschaftsamtes gebildete Verwaltungskommission für Kohlenangelegenheiten Böhmens Verfügung treffen wird. Die Verteilung der für die Ausfuhr bestimmten Kohle wird mit besonderer Rücksicht auf dringendste Anforderungen der Wasserwerke, Gasanstalten und anderen öffentlichen Anstalten, hauptsächlich der Zuckerindustrie, getroffen werden. Es wird ausdrücklich betont, daß der Kohlenstelle bezw. Kohlenverwaltungskommission der gesamte Kohlendienst in Böhmen unterstellt ist, wie auch jener, der bisher dem Minister für öffentliche Arbeiten in Wien unterstellt war. Für die bisher vom Minister für öffentliche Arbeiten in Wien erledigten Agenden wurde bei der Landeskohlenstelle eine besondere Abteilung errichtet.

Belgien nach dem Abzug der Deutschen.

Haag, 30. Oktober. Laut „Het Vaderland“ erklärte ein aus dem befreiten Teile Belgiens nach Holland herübergekommener Belgier: Im allgemeinen war das Leben während der deutschen Okkupationszeit noch ganz erträglich. In einigen Dingen ist die Bevölkerung der jetzt befreiten Städte bereits einigermaßen ernüchtert. Sie glaubte, daß die Grenze nach Holland jetzt offen bleiben würde und nun jeder tun und lassen könne, was er wolle; das Gegenteil scheint aber der Fall zu sein. Es besteht eine Art englischer Militärpolizei in Brügge. Der Verkehr ist ebenso behindert, wie zur Zeit der deutschen Besetzung. Daß die Städte beim Verschwinden der Deutschen soviel als möglich geschont wurden, stimmt die Bevölkerung zur Dankbarkeit. Es waren in Brügge viele junge Leute zurückgeblieben, die eigentlich von den Deutschen bei ihrem Wegzug hätten weggeführt werden müssen. Diese bleiben auch im befreiten Brügge noch in den Häusern, da das Gerücht geht, sie sollen zu den Fahnen gerufen werden. Es gibt unter ihnen viele, die gern nach Holland über die Grenze möchten.

Haag, 30. Oktober. Der Grenzberichterstatter von „Het Vaderland“ schreibt über die Ankunft der Flüchtlinge aus Nordfrankreich: Ich habe mit mehreren Evakuierten gesprochen. Ueber das Verhalten der Deutschen während der Abwanderung nach Deutschland wird nicht viel geklagt. Ueber die Behandlung während der Okkupationszeit hörte ich keine Klagen. Ausdrücklich versicherten sie mir, daß sie während der Reise durch Belgien keine Nacht im Freien hätten schlafen müssen. Eine Frau erklärte mir, daß Deutsche aus verschiedenen Wohnungen viele Wertgegenstände gestohlen hätten. Ein Franzose, der den Eindruck großer Bildung machte, bestritt diese Behauptung mit den Worten, daß die Deutschen die Wertgegenstände lediglich in Sicherheit gebracht hätten, um sie vor Brand und Bombengefahr zu schützen. Wie traurig das Los der Evakuierten auch ist, so muß doch festgestellt werden, daß sie viel besser aussahen, als ich erwartet hätte.

WTB. **Berlin,** 31. Oktober. (Drahtnachricht.) Ueber die gute Behandlung der Bevölkerung im besetzten Gebiet liegen vielfache eidesstattliche Versicherungen französischer und belgischer Bürgermeister vor. Von dem Zusammenleben der französischen Bevölkerung mit den englischen Besatzungstruppen kann das gleiche nicht behauptet werden. Französische Gefangene können darüber nicht Worte genug der Erbitterung finden. Vielfach ist es zu Reibereien und blutigen Zusammenstößen gekommen.

Graf Bernstorff in Berlin.

Bukarest, 30. Oktober. Der deutsche Botschafter in Konstantinopel Graf Bernstorff traf gestern über Konstanza hier ein und hat heute über Budapest die Reise nach Berlin fortgesetzt.

Für die Zeit seiner Abwesenheit hat er die Führung der Geschäfte dem Botschaftsrat Waldburg übergeben. Die Abberufung des Botschafters ist weniger durch die letzten Vorgänge in der Türkei veranlaßt, als durch den Wunsch, in ihm als dem früheren Botschafter in Washington einen Kenner amerikanischer Verhältnisse und Persönlichkeiten zur Stelle zu haben.

Nach Polen — Litauen?

Das litauische Informationsbureau in Lausanne vernimmt, daß Wilson dem Präsidenten des litauischen Rates in Washington ein Dokument übergeben habe, in dem er Litauen als unabhängigen Staat anerkennt. Präsident Wilson versichert darin, daß alle litauischen Gebiete einschließlich Ostpreußen bis Königsberg in einem Nationalstaat vereinigt werden sollen. Der Präsident versichert ferner, daß die Proklamation Litauens vor den Friedensverhandlungen mit Deutschland stattfinden werde und daß er seinen Entschluß den alliierten Regierungen mitgeteilt habe.

Diese Lösung der litauischen Frage wäre noch genialer als die Zuweisung von Danzig an die Polen. Man darf die Nachricht, daß Wilson diesem Unfug schon zugestimmt habe, mit einem dicken Fragezeichen versehen.

Deutsches Reich.

Die Wintereindeckung mit Kartoffeln

ist noch nicht überall in der erwünschten Weise fortgeschritten. Dies beruht in erster Linie auf der ungünstigen Transportlage im September und der ersten Oktoberhälfte. Durch einschneidende Maßnahmen ist inzwischen hier eine Besserung erzielt worden. Daneben hat es sich aber als erforderlich erwiesen, die Ablieferungspflicht für Speisekartoffeln zu erhöhen, da die Ernte vielfach hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist.

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes hat daher angeordnet, daß ein Teil der bisher für Zwecke der gewerblichen Bearbeitung vorgesehenen Kartoffeln zur Deckung des Speisekartoffelbedarfs heranzuziehen ist. Insbesondere werden die den Brennereien zum Brennen belassenen Kartoffeln in Höhe von 25 Prozent der ursprünglich freigegebenen Menge für diese Zwecke in Anspruch genommen. Außerdem dürfen gesunde Kartoffeln in Zukunft nur noch dann verfüttert werden, wenn sie kleiner als einen Zoll (bisher ein Viertel Zoll) sind.

Diese Maßnahmen werden es in Verbindung mit den getroffenen Verwaltungsordnungen ermöglichen, die dringend notwendige Eindeckung der Bedarfsgebiete mit dem größten Nachdruck zu betreiben.

Reichsgesetzgebung und Feuerbestattung.

Auf eine Eingabe der Feuerbestattungsvereine erwiderte, wie im Reichstage mitgeteilt wurde, das Reichsamt des Inneren, daß es der Anregung, eine reichsgesetzliche Regelung der Feuerbestattung auf der Grundlage einer grundsätzlichen Gleichberechtigung der Feuer- und Erdbestattung herbeizuführen, keine weitere Folge geben könne. Hinsichtlich der Frage der Zuständigkeit des Reiches müsse es zweifelhaft erscheinen, ob die gewünschte Gesetzesvorlage auf die Reichsverfassung gestützt werden könne, da für eine wahlweise Vornahme der Feuer- oder Erdbestattung gesundheitspolizeiliche Gründe wohl nicht herangezogen werden können. Dazu komme, daß überhaupt für das Bestattungswesen und im besonderen für die Feuerbestattung nicht ausschließlich oder ausschlaggebend Interessen der öffentlichen Gesundheitspflege in Frage kommen. Es ist vielmehr daneben eine Reihe auf anderen Gebieten gelegner Gesichtspunkte, insbesondere religiöser Art, in Betracht zu ziehen, die in der Bevölkerung, je nach ihrer Stellung zu diesen Fragen eine wechselnde Beurteilung erfahren. Ein Eingreifen der Reichsgesetzgebung könne daher nicht in Aussicht gestellt werden.

Aus dem Bundesrat.

Berlin, 31. Oktober. In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurden angenommen: 1. die Entwürfe einer Bekanntmachung über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Auslande ihren Wohnsitz haben, sowie einer Bekanntmachung betreffend die Fristen des Wechsel- und Checkrechtes für Elsaß-Lothringen; 2. die Vorlage wegen Umprägung von Silbermünzen; 3. der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend Ankauf von Menschenhaaren; 4. der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend Ergänzung der Verordnung über Elektrizität und Gas, sowie Dampf, Druckluft, Heiz- und Leitungswasser vom 21. Juni 1917; 5. der Entwurf einer Bekanntmachung über die Verjährungs- und Verlegungsfristen; 6. der Entwurf einer Bekanntmachung über die Befugnis der bayerischen Notenbank zur Ausgabe von Noten; 7. der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Feststellung eines vierten Nachtrages zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1918.

Weihbischof Jedzink †.

Posen, 31. Oktober. In der vergangenen Nacht ist der Weihbischof D. Jedzink im Alter von 67 Jahren gestorben.

Das Kriegskabinett gegen die bolschewistische Agitation. Wie die „Zentrums-Parl.-Korr.“ hört, hat sich das Kriegskabinett in seinen letzten Sitzungen auch mit der bolschewistischen Agitation beschäftigt, die von den unteren Stellen der Berliner Vertretung der Sowjet-Regierung auszugehen scheint. Es wurden in diesem Zusammenhange verschiedene sich als notwendig erweisende Maßnahmen erwogen und beschlossen.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung betreffend Bedingungen für die Lieferung von Weißkohl und Sauerkraut durch den Hersteller.

Lohnforderungen der Eisenbahner. Der Allgemeine Eisenbahnerverband, Sitz Berlin, und der Zentralverband deutscher Eisenbahner, Sitz Elberfeld, haben eine gemeinsame Eingabe an den Minister der öffentlichen Arbeiten gerichtet, in welcher eine durchgreifende Lohnerhöhung, die Verwirklichung der seit langem geforderten Lohnreform, ferner die sofortige Zahlung einer einmaligen Teuerungszulage an alle Eisenbahnhandwerker, -hilfsbeamten und -arbeiter und schnelle und durchgreifende finanzielle Hilfe für die Altpensionäre gefordert werden.

Admiral Souchon ist zum Chef der Marinestation Ostsee und zum Gouverneur im Befehlsbereich des Reichskriegshafens Kiel ernannt worden. Admiral Souchon war Chef des Mittelmeergeschwaders und ist besonders seit dem Durchbruch der Kreuzer „Goeben“ und „Breslau“ durch die feindlichen Seestreitkräfte bekannt geworden.

Die Silbermünzen wieder im Verkehr. Wie von maßgebender Stelle mitgeteilt wird, hat sich das Reichsbank-Direktorium entschlossen, die in der Kriegszeit mehr und mehr aus dem Verkehr gezogenen Silbermünzen jetzt wieder auszugeben. Da es sich insgesamt um einen Betrag von über 100 Millionen Mark handelt, hofft man, auch durch diese Maßnahme der gegenwärtigen Zahlungsmittelknappheit wirksam entgegentreten zu können. Es gelangen in erster Linie Markstücke zur Ausgabe, aber auch Silbermünzen von 5, 3 und ½ Mark werden von den Reichsbankanstalten wieder ausgegeben. Nur 2-Mark-Stücke kommen nicht mehr in den Verkehr, da sie außer Kurs gesetzt worden sind. Im übrigen wird uns nochmals auf das Bestimmteste versichert, daß die Zahlungsmittelknappheit nur noch ganz kurze Zeit dauern wird.

Halle und Umgebung.

Halle, den 1. November 1918.

Die Ausgabe der Zuckermarken für den Monat November findet in der Woche vom **Montag, den 4., bis Sonnabend, den 9. November,** in den städtischen Markenausgabestellen zugleich mit der Ausgabe der Brotmarken statt.

Erhöhte Zuckerverkaufspreise.

Da auf Anordnung der Zuckerstelle für die Provinz Sachsen die Zuckerverkaufspreise erhöht worden sind, werden die Verkaufspreise vom 1. November d. J. ab wie folgt festgesetzt:

a) für **Melis** auf 0,48 Mk. für das Pfund,
b) für Brotzucker u. gem. Raffinade auf 0,50 Mk. für das Pfd.,
c) für Würfelzucker auf 0,52 Mk. für das Pfund.

Im übrigen verbleibt es bei unserer Bekanntmachung vom 5. November 1917.

Patenschaft. Am Geburtstage des in der Somme-Schlacht 1916 gefallenen Leutnants und Kompagnie-Führers Felix Erler wurden der Städtischen Kriegshinterbliebenen-Fürsorge von dessen Vater, dem vereid. Bücherrevisor Karl Erler hier, 1000 Mark zur Unterstützung zweier Kriegswaisenknaben aus dem Kaufmannsstande überwiesen.

Der Exerzierplatz an den Brandbergen. Die Militärbehörden haben wiederholt Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß das Betreten des nördlichen Teiles des Exerzierplatzes zwischen Cröllwitz und der Dölauer Heide wegen der dortselbst mit scharfen Nahkampfmitteln stattfindenden Uebungen mit Lebensgefahr verbunden und verboten ist. Die Wurfbahnen befinden sich nördlich der großen Brandberge.

Treibriemen und Uebergangswirtschaft. Zahlreichen stilliegenden Betrieben sind während der letzten Jahre Treibriemen fortgenommen worden und es besteht bei diesen Betrieben vielfach die Sorge, daß bei der Rückkehr zur Friedenswirtschaft die Wiederbeschaffung der Treibriemen besondere Schwierigkeiten machen und die Aufnahme der Arbeit verzögern werde. Demgegenüber wird dem Kriegsausschuß der deutschen Industrie, der auch dieser Frage stets seine besondere Aufmerksamkeit namentlich im Interesse der stillgelegten Betriebe gewidmet hat, mitgeteilt, daß diese Sorge nicht begründet ist. Zur raschen Versorgung der stilliegenden Betriebe werden zur gegebenen Zeit ausreichende Mengen Treibriemen bereitgestellt.

Die ländliche Volkshochschule Langensalza ist, als erste ihrer Art in der Provinz, vom Ev.-Soz. Preßverband für die Provinz Sachsen nach längeren Vorbereitungen ins Leben gerufen worden und soll Mitte November d. J. eröffnet werden, falls die genügende Zahl von Schülern, mindestens 20, sich meldet. An der Spitze des Vorstandes der Schule steht der dortige Obmann des Preßverbandes, Pfarrer Walther in Kirchheilingen (Kr. Langensalza), an den alle Anfragen zu richten sind. Der Lehrkörper, dessen Vertreter Kgl. Kreisschulinspektor Steinfett-Langensalza ist, besteht aus 17 Herren der verschiedensten Berufsstände. Die finanziellen Kosten hat der Raiffeisenverband in Erfurt großzügig übernommen, in voller Würdigung der vaterländisch-sittlichen Vertiefung und Hebung des Landvolks. Die Stadt Langensalza sucht das Unternehmen auf alle Weise zu fördern, vor allem durch kostenlose Ueberweisung von Unterrichtsräumen. Als Schulform ist die Halbtagsschule gewählt mit täglich 5 Stunden zwischen 1—6 Uhr nachm., Sonnabend und Sonntag ausgenommen, mit im ganzen rund 600 Lehrstunden, verteilt auf 2 Winter, von Mitte November bis Anfang März, mit einer weihnachtlichen Unterbrechung von etwa 3 Wochen. Als Lehrfächer werden Volkskunde, Naturkunde und Lebenskunde mit ihren einzelnen Verzweigungen behandelt. Als Ziel dieser freiwilligen Erwachsenenschule ist gedacht: Festigung der einzelnen Persönlichkeit, Erweiterung der Bildung durch Ausbau der geistigen Regsamkeit, Stärkung der Volkskraft und Vertiefung der Selbständigkeit, Heranziehung zum Dienst fürs Ganze, Förderung der ländlichen Arbeit und Eigenart.

Der Verein ehem. 36er hält am nächsten Sonnabend 8½ Uhr abends im „Schultheiß“, Poststr. 5, Monatsversammlung ab, in der u. a. auch die Dividende der Sterbekasse des Deutschen Kriegerbundes ausgezahlt wird.

Vom Tage. In der Trothaer Straße riß die Oberleitung der Straßenbahn, wodurch der Betrieb von der Blumenthalstraße bis zur Endstation Trotha etwa 50 Minuten lang gestört wurde. — Gestern, Mittwoch, vormittag wurde die Feuerwehr nach einer in der Meckelstraße befindlichen Tischlerwerkstatt gerufen, woselbst Lack in Brand geraten war. Die Wehr brauchte nicht in Tätigkeit zu treten. Später rückte die Feuerwehr noch einmal zur Beseitigung eines Balkenbrandes nach der Merseburger Straße aus. — Ein 6 Jahre alter Knabe fiel beim Spielen am Ausladeplatz an der Schieferbrücke in die Saale. Er wurde von dem Eigner eines dort liegenden Lastkahnes wieder ans Land gezogen. Nach erfolgreichen Wiederbelebungsversuchen durch einen vorüberkommenden Militärarzt wurde der Knabe in ein in der Nähe befindliches Grundstück gebracht und später von seinen Eltern abgeholt. — Ein Arbeiter wurde gestern abend in der Merseburger Straße in sinnlos betrunkenem Zustande aufgefunden. Er wurde nach der zuständigen Wache gefahren, woselbst er bis zu seiner Ernüchterung verblieb. — Der Mann muß eine „gute Quelle“ gehabt haben, wo noch unverfälschter Alkohol fließt.

Provinzial-Nachrichten.

Oschersleben, 31. Oktober. (Die hiesige Reichsbanknebenstelle) ist wegen Beamtenmangels bis auf weiteres geschlossen worden.

Halberstadt, 31. Okt. (Eine Viertelmillionenspende für ein Säuglingsheim.) Am Schluß der öffentlichen Stadtverordnetensitzung machte Geh.-Rat Dr. Fromme die Mitteilung, daß der frühere Inhaber der Halberstädter Flugzeugwerke, Kaufmann Hermann Behrens in Oschersleben, der Stadt eine Summe von einer Viertelmillion zur Errichtung eines Säuglings- und Wohlfahrtsheimes geschenkt hat. Der Vorsitzende führte aus, daß Behrens dem Magistrat geschrieben habe, daß er die Halberstädter Flugzeugwerke an den Direktor Hiller vom Henckel-Donnersmarck-Konzern verkauft hat, daß das Werk aber in der bisherigen Weise unter der Leitung seines Schwiegersohnes und Mitarbeiters (Direktor Schnebel) weitergeführt werde, und daß er hoffe, daß es auch nach dem Kriege weiterbestehen und sich dauernd vergrößern werde.

+ **Halberstadt,** 31. Oktober. (Mindestgehälter für kaufmännische Angestellte und Teuerungszulagen.) Zur Denkschrift der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände auf Einführung von Mindestgehältern für kaufmännische Angestellte und zur Eingabe des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes Gau Sachsen-Anhalt berichtete in der Handelskammer Direktor Froehlich-Staßfurt und empfahl der Vollversammlung die Annahme folgender Entschließung: „Die am 11. Oktober 1918 in Magdeburg tagende Vollversammlung der Handelskammer Halberstadt kommt nach reiflicher Erwägung des Antrages der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen und technischen Angestellten-Verbände auf Einführung von Mindestgehaltssätzen zu der Ansicht, daß die Aufstellung von Mindestgehaltssätzen wegen der Verschiedenartigkeit der Geschäftsbetriebe und der an die Bewerber zu stellenden Anforderungen nicht zweckmäßig erscheint. Sie kann sich daher nicht für die Aufstellung von

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181101017/fragment/page=0003
DFG

Mindestgehaltssätzen aussprechen; dagegen ist die Versammlung einhellig der Meinung, daß eine angemessene und auskömmliche Bezahlung der Angestellten ein dringendes Bedürfnis und unter Berücksichtigung der Steuerverhältnisse geboten ist. Sie legt allen Geschäftsinhabern nahe, den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen durch Teuerungszulagen gebührend Rechnung zu tragen." Die Vollversammlung nahm die Entschließung einstimmig an.

Jena, 30. Oktober. (Neues zum Fall Henkel.) Professor Dr. Max Henkel, der noch immer nicht in das Amt wieder eingesetzte Direktor der Großh. Frauenklinik, ist plötzlich erneut zu militärischer Dienstleistung einberufen worden. Der Fall Henkel, der dadurch in ein neues Stadium tritt, dürfte noch während der gegenwärtigen Tagung des weimarischen Landtags zur Sprache gebracht werden.

Stendal, 31. Okt. (Eisenbahnunfall.) Der morgens 4.15 Uhr von Stendal nach Magdeburg fahrende Personenzug 443 mußte heute früh wegen Maschinenschadens am Bahnhofe Demker anhalten. Infolge des herrschenden starken Nebels übersah der auf demselben Gleise fahrende Güterzug 8851 das Haltesignal und fuhr von hinten auf den Personenzug auf. Es sind zehn Güterwagen und von dem Personenzuge der Postwagen und zwei Personenwagen entgleist. Sechs Güterwagen und der Postwagen sind erheblich beschädigt. Personen sind nicht verletzt worden. Die Aufräumungsarbeiten sind durch je einen Hilfszug von Stendal und Magdeburg aufgenommen worden. Der Betrieb wird weiter durchgeführt.

□ **Halberstadt**, 31. Oktober. (Der Verkauf von Röderhof.) Der Pächter des Klosterguts Badersleben und Direktor der Ackerbauschule, Rittmeister Fritz Schiephake in Badersleben, hat das Rittergut Roederhof mit sämtlichen Gebäuden der Klosterbrauerei Roederhof zusammen mit dem Fabrikbesitzer Wilhelm Becker von hier übernommen. Die Klosterbrauerei Roederhof hat, wie bekannt, ihren Betrieb aufgegeben und löst die Gesellschaft auf.

Senfftenberg, 31. Oktober. (Ein prächtiger Adler) von 2,50 Meter Flügelspanne wurde am Sonntag nachmittag im Schulgarten zu Dörgenhausen erlegt, als er im Begriffe war, eine von den im Garten befindlichen Gänsen zu erbeuten. Lehrer Welz gewahrte den mächtigen Vogel auf das Geschrei der Gänse. Während er eiligst das Jagdgewehr holte, schickte er seinen 16 Jahre alten Sohn hinaus, um die Gans womöglich noch zu retten. Mit einer im Hofe stehenden Turnstange konnte dieser den Adler betäuben, als er eben seine Beute erfaßt hatte. Nach dem Schlage hatte sich der Adler schnell erholt und war eben im Begriffe abzustreichen, als ihn Welz durch einen Schuß zur Strecke brachte.

Weimar, 30. Okt. (Bei der Eröffnung des Landtags) gab Staatsminister Dr. Rothe bekannt, die Finanzlage des Großherzogtums Sachsen sei trotz der Anforderungen des Krieges immer noch leidlich. Auf die Versorgung der Bevölkerung mit den unentbehrlichsten Lebensmitteln sei die Regierung auch weiterhin unausgesetzt bedacht, zur Bekämpfung des Schleichhandels tue die Regierung das ihre. Die vorläufige Kohlenknappheit werde sich noch vor Eintritt kalter Tage beheben lassen. Die geforderten Maßnahmen auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge seien eingeleitet, entsprechende Vorlagen würden dem Landtage zugehen. Für die Gemeinden seien auch für das kommende Jahr erhebliche Mittel für Staatsbeihilfe und Wohlfahrtspflege bereitgestellt worden. Zur Sicherung der Finanzen in den Gemeinden solle ein Abgabegesetz auf breiterer Grundlage geschaffen werden. Den Forderungen auf zeitgemäße Neugestaltung des Wahlrechts glaube die Regierung sich unter dem Eindrucke der politischen Wandlungen im Reiche nicht mehr verschließen zu dürfen. Auch zur Vereinfachung und Verbilligung des Verwaltungswesens seien Schritte getan und entsprechende Vorlagen in Angriff genommen.

Braunschweig, 31. Oktober. (Für alle Fälle!) Da es in der letzten Zeit hier wiederholt vorgekommen ist, daß die elektrische Beleuchtung für kurze Zeit versagte, sorgte man in der letzten Stadtverordnetensitzung für den Fall vor, indem man jedem Stadtverordneten eine Kerze auf seinen Platz stellte, damit er nötigenfalls sein eigenes Licht leuchten lassen könne, wenn die elektrische Beleuchtung versagte.

Vermischtes.

Der Missionar an der Börse. Eine Episode, die viel Aufsehen erregt hat, ereignete sich dieser Tage an der Kopenhagener Börse. Mitten im vollen Börsenbetrieb sprang ein Missionar auf einen Stuhl und hielt eine Rede an die Anwesenden. Nach Verlauf einiger Minuten verließ er ruhig den Saal. h.

Feuersichere Streichhölzer. Stets klagte man in Frankreich, daß die — vom Staat im Monopolbetrieb hergestellten — Streichhölzer so schlecht brennen. Im Krieg ist es damit immer schlimmer geworden. Die Zündhölzer wollen überhaupt nicht mehr brennen. Die „Democratie Nouvelle" will jetzt die Lösung des Rätsels gefunden haben. Sie hat herausbekommen, daß das Holz, das der Staat zur Herstellung der Zündhölzer verwendet, von nicht mehr brauchbaren Militärbaracken stammt. Das wäre ja nun eine sehr kluge Sparsamkeitsmaßregel, wenn nicht — diese Hölzer feuersicher imprägniert wären! f.

Der Film im Gefängnis. Nun hat der Film auch seinen Weg hinter die schwedischen Gardinen gefunden. In dem großen Gefängnis von Tennessee in Amerika wurde eine Reihe von Experimenten mit Filmvorführungen unternommen, um den Einfluß kinematographischer Vorstellungen auf die Disziplin und die Moral der Gefangenen festzustellen. Es wurden, wie die Zeitschrift „Der Film" (Verlag Reinhold Kühn) berichtet, zweimal in der Woche Gratisvorstellungen gegeben, deren Besuch freiwillig war, die aber von sämtlichen Gefangenen besucht wurden. Schon nach den ersten Vorführungen konnte man eine augenfällige Besserung im Benehmen der Gefangenen feststellen, denen die Entziehung des Besuchs dieser Vorstellung angedroht war, in Fällen von widersetzlichem Benehmen. Die Vergehen gegen die Gefängnisordnung nahmen sofort stark ab. Bei den Vorführungen wirkte ein zu fünf Jahren verurteilter Verbrecher als Vorführer. Die holländischen Behörden haben ihrerseits diese amerikanische Idee aufgegriffen und auch in Frankreich erwägt man bereits die Einführung des Films ins Gefängnis. b.

Auch ein Tauschgeschäft. In „Sydsvenska Dagbladet" findet sich folgende Anzeige: Drei Liter süßer gelber Punsch zu tauschen gewünscht gegen eleganten schwarzen Gesellschaftsanzug. Antwort unter: „Binnen 2 Tagen" an die Expedition. — Ein eleganter Gesellschaftsanzug für 3 Liter schwedischen Punsch — kein schlechtes Geschäft! h.

Alle dänischen Theater geschlossen. Das dänische Justizministerium hat eine Verordnung erlassen, nach der wegen der starken Verbreitung der Grippe sämtliche Theater, Varietés, Kinos, Tanzsäle und ähnliche Anstalten im ganzen Lande geschlossen werden. Das Gesundheitsamt wird sich auch an den Verband der Großkaufleute wenden, damit das spekulierende Publikum von der Börse ausgeschlossen wird. f.

Kanzler und Goldschmied. In der schwedischen Zeitung „Svetlanda-Posten" findet sich folgende Anzeige: „Prinz Max will Frieden haben! Das ist das große Losungswort, das heute über die ganze Welt schallt. Präsident Wilson ist bedenklich und verlangt Garantien. Goldschmied Svedbom will sowohl Frieden wie Garantien haben und sympathisiert daher mit beiden Herren. e.

Die Kraft der Hubertusbrötchen. (Zum 3. November.) Noch heute finden sich in den Ardennen, besonders im Limburgischen vielfach Reste von der Verehrung des heiligen Hubertus, des Schutzpatrons der Jäger. Ihm zu Ehren werden dort alljährlich am Hubertustage, also am 3. November, die mit einem Jagdhorn verzierten sogenannten Hubertusbrötchen gebacken. Nachdem sie in der Kirche geweiht worden sind, ißt man nicht nur selbst davon, sondern gibt sie auch Hunden, Katzen und anderen Haustieren zu fressen. Sie sollen das Jahr über vor Tollwut schützen. An anderen Orten bindet man am Hubertustage keine Riemen weiß gegerbten und mit roter Farbe bespritzten Leders ins Knopfloch. Einige tragen solche Riemen auch das ganze Jahr als Schutzmittel gegen tolle Menschen und wütende Tiere an sich. Während die Hubertusbrötchen offenbar an die der alten Jagdgöttin ehedem dargebrachten Opfer erinnern, sind die Riemen eine Nachahmung des im Kloster von Andain, einer Gründung des heiligen Hubertus, gebrauchten Gürtels, der offenbar eine Art Zwangsjacke zur Fesselung der von der Tollwut befallenen Menschen gewesen ist. a.

Letzte Depeschen.

Heftige Kämpfe im Westen.

Berlin, 31. Oktober, abends. (Amtlich.)

Erneute Kämpfe in Flandern. Feindliche Angriffe von der holländischen Grenze bis zur Schelde sind vor der Lys-Front gescheitert. Zwischen Deinze und der Schelde brachten wir den Feind, der an einzelnen Stellen in unsere Linien eindrang, sehr bald zum Stehen.

Auf den Aisne-Höhen nordwestlich von Chateau-Porcien wurden heftige Angriffe der Franzosen abgewiesen.

Vor deutschen Zwangsmaßnahmen.

WTB. **Berlin**, 31. Oktober. (Drahtnachricht.) Da ein Teil der zurückgeführten belgischen Wehrpflichtigen versucht, sich mit Gewalt dem Befehl der Räumung zu widersetzen, werden die deutschen Militärbehörden voraussichtlich in Kürze gezwungen sein, die Befolgung ihrer Befehle energisch durchzusetzen, da die militärischen Operationen das unbedingt notwendig machen. Es wäre zu bedauern, wenn eine Verzögerung der Antwort der belgischen und französischen Regierung derartige Zwangsmaßnahmen unabwendbar machen würden.

Franktireurunwesen in Belgien.

WTB. **Berlin**, 31. Oktober. (Drahtnachricht.) Mit der zunehmenden Hoffnung auf Befreiung von der deutschen Herrschaft mehren sich die Fälle, daß belgische Zivilbevölkerung wie beim Anfang des Krieges sich an den Kampfhandlungen beteiligt. In verschiedenen Gegenden wurden Störungen von Fernsprechleitungen festgestellt und auch Zivilisten beim Durchschneiden von Drähten betroffen. An der Bahn von Kortryk—Oudenarde wurden an der Spitze der feindlichen Schützenlinien belgische mit deutschen Stahlhelmen ausgerüstete Zivilisten beobachtet. Beim Zurückgehen auf die Scheldestellung zeigten Zivilisten den Feinden unsere Postenaufstellungen. Selbstverständlich wurden sie unsererseits, als dies beobachtet wurde, beschossen.

Der türkische Waffenstillstand abgeschlossen

WTB. **London**, 31. Oktober. (Drahtnachricht.) Das Reutersche Büro erfährt, daß die dortige Regierung dem Waffenstillstandsangebot der Türkei zugestimmt habe.

Spätere Meldung: Das Reutersche Büro erfährt, daß der Waffenstillstand mit der Türkei am 31. Oktober mittags unterzeichnet wurde.

Notiz: Eine amtliche Meldung vom Abschluß des Waffenstillstandes liegt bisher nicht vor.

Ein Ministerium Karolyi.

WTB. **Berlin**, 31. Oktober. (Drahtnachricht.) Die letzten Nachrichten aus Budapest zeigen, daß die von einem Teil der deutschen Presse übernommenen Nachrichten über starke revolutionäre Unruhen übertrieben sind. Die innere Neuordnung Ungarns hat soeben zur Bildung eines Ministeriums Karolyi geführt. Dieses hofft, in kurzer Zeit Herr der Lage zu sein und die noch bestehenden Unruhen zu beseitigen.

Die Bildung der deutsch-österreichischen Regierung.

Wien, 31. Oktober. (Priv.-Tel.) Die deutsch-österreichische Regierung ist heute gebildet worden. Zu Staatssekretären wurden ernannt: Aeußeres Viktor Adler Sozialdemokrat; Krieg Rittmeister Josef Meyer, Deutsch-Agrarier; Inneres Dr. Mataja, Sozialdemokrat; Finanzen Dr. Steinwender, Deutschnational; Handel Dr. Urban, Deutschnational; Wohlfahrt Junkel, Christlichsozial; Unterricht Pascher, Deutschnational; Justiz Roller, Deutschnational; Ackerbau Stockler, Christlichsozial; Fürsorge Hanusch, Sozialdemokrat; öffentliche Arbeiten Zetirik, Christlichsozial; Ernährung ehemaliger Sektionschef Löwenfeld; Gesundheit Prof. Dr. Kaupp.

Heute vormittag ist der provisorische Staatsrat mit den Delegierten der Nationalversammlung zur Uebernahme der Regierung in Wien zusammengetreten. Der Staatsrat dürfte sich nur als Beirat der Nationalversammlung und nicht als selbständiges Organ betrachten.

Das Wüten der Grippe in Frankreich.

WTB. **Berlin**, 31. Okt. (Drahtnachricht.) Die Grippe nimmt in Frankreich großen Umfang an. In Paris werden an einem Tage 400 Leichen beerdigt. In Lyon wurden Schulen, Theater und Kinos polizeilich geschlossen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Neuerliche Ermattung bei stillem Geschäft.

Berlin, 31. Okt. Die gestrige Erhöhung auf einem Teile des Spekulationsmarktes wurde rasch als sachlich unbegründet erkannt. Der Verrat Oesterreich-Ungarns übte neben der stark herabgestimmten Erwartung auf den Inhalt der bevorstehenden Antwort Wilsons einen merklichen Kursdruck aus, der auch besonders auf dem österreichisch-ungarischen Rentenmarkte und für die von dort abhängigen Werte zum Ausdruck kam. Neben den erwähnten österreichisch-ungarischen Renten büßten Orientbahn und Türkische Tabakaktien empfindlicher ein, ebenso lagen sonstige Wiener Werte matt. Von Montanwerten gingen Bismarckhütte, Bochumer, Oberbedarf, Caro und Phönixaktien merklich zurück. Auch Luxemburger, Gelsenkirchen, Harpener, Hohenlohe, Lothringer, Mannesmann, Rheinstahlaktien, Menden-Schwerte und Siegen-Solingen ermatteter. Lauraaktien (en Coupon) etwas besser gehalten und Rombacher höher. Von Rüstungswerten ermatteten besonders Deutsche Waffen, Rottweiler und Daimler. Auch Orenstein, Rheinmetall, Benz, Deutsche Maschinen, Becker Stahl, Hansa Lloyd und Polyphonwerke rückgängig. Schiffahrtsaktien, wie Hapag, Hamburg-Südamerika, Lloyd und Hansa, niedriger angeboten. Chemische Werte wurden vernachlässigt. Matter stellten sich Elberfelder und Höchster Farbwerke. Von Elektrizitätsaktien gingen A. E.-G. und Felten merklicher zurück, auch Bergmann schwächer, während sich Siemens & Halske etwas befestigten. Kaliwerte, besonders Heldburg, auch Deutsche Kali Aktien rückgängig, ebenso sämtliche Petroleumaktien matt. Deutsche Anleihen behauptet, Russ. Anleihen wenig verändert, Russische Banken gefragter, Pfundanleihen fest. Geld über den Ultimo 5 Proz. und darunter. Privatdiskont 4⅝ Proz.

Die Börse schloß in ruhiger, aber mäßig befestigter Haltung. Als gebessert sind schließlich noch mexikanische sowie 5prozentige Buenos Aires zu erwähnen. Das Geschäft auf dem Kassamarkte für Industriewerte blieb ziemlich belanglos; die Kursrückgänge überwogen auch hier. Es notierten höher: Hein Lehmann & Co., Deutsche Jutefabrik, Julius Berger, Passage, Auer, Oberkoks, Girmes, Ver. Glanzstoffabriken und Kramsta Leinen-Industrie. Niedriger wurden: Busch Waggon, Görlitzer Eisenbahnbedarf, Harkort Bergwerk, Varziner Papierfabrik, Hugo Schneider, Bremer Vulkan, Bemberg, Th. Goldschmidt, Carito & Klein, Loewe, Witten Gußstahl, Simonius, Pintsch, Berlin-Neurode und Schlesische Kohlen.

Von den fremden Devisenkursen gab Konstantinopel auf 26,30 G und 20,40 B nach.

Devisenkurse.

Berlin 31. Oktober.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		Heute Geld	Heute Brief	Voriger Tag Geld	Voriger Tag Brief
New York	1 Doll.			—	—
Holland	100 fl.	[illegible]80,0	280 50	283,[illegible]0	283.50
Dänemark	100 Kr.	176,[illegible]0	177.00	[illegible]77.50	178.00
Schweden	100 Kr.	[illegible]92.25	192,7	194.[illegible]5	19[illegible].75
Norwegen	100 Kr.	177 7[illegible]	178.[illegible]5	178.75	179.75
Schweiz	100 Fr.	13[illegible] 75	137.00	13[illegible].25	137.[illegible]0
Wien / Budapest	100 K.	57.95	[illegible]8,05	58 70	58.80
Bulgarien	100 Leva	79.00	79.50	79,00	79,50

Konstantinopel Geld 20.3[illegible] Brief 20 40 für ein türkisches Pfund,
Spanien Geld [illegible]36 0[illegible] Brief 137 00 für 100 Pesetas
Helsingfors 73.25 73.75 Deutsche Mark für 100 Finnische Mark.

Getreide.

Berlin, 31. Oktober. Mit dem morgigen Tage beginnt die öffentliche Bewirtschaftung der Kohlrüben. Hiermit ist dem freien Verkehr mit Landesprodukten wiederum eine engere Grenze gezogen worden; denn das Zustandekommen von Geschäften hängt in Zukunft von der Freigabe seitens der zuständigen Stellen ab. Ueber die Kohlrübenernte hört man noch nichts Definitives. Sie soll aber in den meisten Distrikten ungleichmäßig sein. Saatkartoffeln werden noch mehr umgesetzt. Auch in landwirtschaftlichen Sämereien findet manches Geschäft statt. Ruhig bleibt es im Verkehr mit Rauhfutter. Auch Ersatzmittel stehen nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung. Wetter trübe.

Vereinigung der Handelskammer zu Berlin mit der Potsdamer Handelskammer, Sitz Berlin. Durch den dem Landtage zurzeit vorliegenden Entwurf der Novelle zum Handelskammergesetz ist bekanntlich eine Vereinheitlichung des Handelskammerwesens zur Hebung des Einflusses der amtlichen Handelsvertretungen in Preußen angestrebt. Die Handelskammer zu Berlin und die Potsdamer Handelskammer, Sitz Berlin, haben in ihren Sitzungen am 29. Okt. einstimmig, vorbehaltlich der ministeriellen Genehmigung, beschlossen, diesem Bestreben durch freiwillige Verschmelzung entgegenzukommen. Die Bezirke beider Kammern, die sich auf Groß-Berlin und die anstoßenden Gebiete der Provinz erstrecken, werden zu einem Bezirke zusammengelegt, für welchen künftig nur eine Handelskammer bestehen wird. Die neue Kammer wird 91 gewählte Mitglieder zählen, wovon 51 auf den jetzigen Bezirk der Berliner, 40 auf den der Potsdamer Kammer entfallen; späterhin soll der Mitgliederbestand auf 77 verringert werden. Nachdem bereits durch ein früheres Abkommen die amtlichen Befugnisse der Aeltesten der Kaufmannschaft, abgesehen von der Unterhaltung von Schulen und Anstalten, auf die Handelskammer zu Berlin übergegangen sind, wird also nunmehr die bisherige Trennung der amtlichen Vertretung von Industrie und Handel Groß-Berlins endgültig der Vergangenheit angehören.

Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation, A.-G., in Bochum. In der Hauptversammlung wurde die Dividende von 22½ Proz. auf die alten und 11¼ Proz. auf die jungen Aktien sofort zahlbar gestellt. Von der Direktion wurde über die Aussichten bemerkt, daß für das laufende Jahr noch ein großer Auftragsbestand vorliege. Die Weiterentwickelung werde im wesentlichen davon abhängen, ob die Demobilisierung in ruhiger und sachgemäßer Weise sich vollziehen werde. Wünschenswert sei es, daß die Regierung auch in Friedenszeiten neue Aufträge erteilt und die alten bestehen läßt, um den dadurch aus dem Felde zurückkehrenden Arbeitern die notwendige Arbeitsmöglichkeit zu verschaffen. Der Erwerb der Zeche Friedrich der Große sei durchaus vorteilhaft für die Gesellschaft; denn es werde sich nach dem Frieden ein größerer Bedarf nach Kohlen bemerkbar machen.

Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vorm. Herm. Pöge in Chemnitz. Im abgelaufenen Geschäftsjahre erzielte das Unternehmen einen Gewinn von 4 898 864 (4 255 836) Mk. Dem stehen gegenüber 780 873 (751 601) Mk. Reisespesen und Handlungsunkosten, 870 550 (565 936) Mk. Gehälter, Steuern und 318 312 (385 797) Mk. Abschreibungen. Aus dem verbleibenden Reingewinn von 2 939 268 (2 542 135) Mk. soll eine Dividende von 28 (20) Proz. verteilt, dem Kriegsrückstellungskonto 2 750 000 (0) Mk. zugewiesen und 222 512 (129 973) Mk. auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die Verwaltung teilt mit, daß bei Abfassung des Geschäftsberichts der Auftragsbestand beträchtlich höher als zur gleichen Vorjahrszeit war. Es hat eine für das Werk günstige Verschiebung dahin stattgefunden, daß die reinen Munitionsaufträge, die im Vorjahre doppelt so groß waren als die Aufträge auf die elektrotechnischen Erzeugnisse, zurzeit nur noch etwa zwei Drittel der letzteren ausmachen. Wenngleich die elektrotechnischen Erzeugnisse zum Teil noch für die Rüstungsindustrie bestimmt sind, so glaubt der Vorstand noch sagen zu können, daß eine Ausschaltung auf die normalen Fabrikationsartikel zum großen Teil schon jetzt stattgefunden hat.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport, und Briefkasten: Heinrich Mieschner; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: P. Hackenbracht.
Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181101017/fragment/page=0004